

Illegal ist nicht gleich kriminell

Hunderttausende Ausländer leben aus Angst vor Entdeckung im Untergrund

Von K. RÜDIGER DURTH

500.000 bis eine Million Menschen mitten unter uns, die ständig in der Angst leben, entdeckt zu werden. Es sind die Illegalen. Das sind Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen haben. Ihnen allen gemeinsam ist der Traum vom besseren Leben.

Doch sie haben nicht nur Angst vor der Ausländerbehörde, die sie bei Entdeckung wieder in die alte Heimat abschieben würde, sondern auch vor Krankheit. **Welcher Arzt behandelt sie, ohne sie gleich den Behörden zu melden?** Und wer bezahlt den Arzt, die Medikamente?

Josef Voß, Weihbischof aus Münster und Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, ist sich mit Michael Bommes, Professor in Osnabrück und Vorsitzender des Rates für Migration, einig: **es wird Zeit, daß sich die Politik endlich mit dem Thema Illegalität beschäftigt.** Dabei geht es beiden zunächst einmal darum, mit dem Vorurteil aufzuräumen, daß illegal gleich kriminell bedeutet. Genau das sei nicht der Fall.

Und im Blick auf die Visa-Affäre, die gegenwärtig das politische Berlin so beschäftigt, gibt Weihbischof Voß zu bedenken: mag sein, daß viele Schleuser und Illegale durch die vereinfachte Vergabe von Visa nach Deutschland gekommen seien. Doch wenn es diese Möglichkeit nicht gegeben hätte, wären sie auch gekommen – **lediglich etwas später.**

Denn Deutschland und die EU üben auf ungezählte Men-

schen in den ärmsten Ländern des Ostens und des Südens eine ungeheure Anziehungskraft aus. **Wer es schafft, die immer dichter werdenden Grenzen zu überwinden, hat es geschafft.** Doch um welchen Preis? Voß macht deutlich, daß auch Illegalen nicht die grundlegenden Menschenrechte genommen werden dürfen. Dazu zählen ein Recht auf Gesundheit, auf gerechten Lohn für geleistete Arbeit und Schulbildung für die Kinder.

Weder der Weihbischof noch Professor Bommes reden einer Legalisierung der in Deutschland lebenden Illegalen das Wort.

Nur zu gut wissen sie, daß sofort neue Illegale nachkommen. Mit pragmatischen Einzelfalllösungen könnten sie schon leben. Vor allem aber fordern sie als ersten Schritt, daß diejenigen, die Illegalen aus menschlichen Gründen helfen, nicht strafrechtlich belangt werden. Soll heißen, ein Arzt darf nicht gezwungen werden, einen kranken Illegalen den Behörden zu melden. Gleiches gilt für einen Pfarrer, einen Sozialarbeiter, eine Beratungsstelle (etwa der Kirchen).

„Aus menschlichen Gründen“ bedeutet, Hilfe darf nicht gegen Bezahlung erfolgen. **Doch was ist mit Menschen, die eine sich illegal in Deutschland aufhaltende Frau im Haushalt gegen Entgelt beschäftigen, damit sie „über die Runden kommt“?**

Voß: „Illegale Zuwanderung ist als Begleiterscheinung der sich globalisierenden Weltgesellschaft längst ein Massenphänomen. Nicht nur in Deutschland. Und die Probleme, die für die betroffenen

Menschen und für die Gesellschaft daraus entstehen, verschwinden nicht, indem man sie verschweigt oder sich auf mehr oder weniger erfolgreiche Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung oder Grenzsicherung beschränkt.“

Bommes ist überzeugt, daß man sich in Zukunft „mit einem gewissen Ausmaß“ an illegaler Zuwanderung wird abfinden müssen – trotz des neuen Zuwanderungsgesetzes. **Und er macht auf eine sich ausbreitende Doppelmoral aufmerksam.** Auf der einen Seite empöre man sich über die illegale Zuwanderung, und auf der anderen werde der Verkehr mit Illegalen zunehmend zur Gewohnheit sowie die Inanspruchnahme ihrer Leistungen im Alltag „fast zur Routine“.

Hier setzt auch das katholische Forum „Leben in der Illegalität“ unter Leitung von Pater Jörg Alt SJ ein, das in Zusammenarbeit mit dem „Rat für Migration“ Tagungen zu diesem Thema durchführen will, um Politik und Gesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren. Auf seine Initiative hin ist auch das „Manifest Illegale Zuwanderung“ entstanden, das sich für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion des Themas einsetzt: „Die bisherigen Erkenntnisse im Umgang mit irregulärer Zuwanderung zeigen, daß ausschließlich ordnungsrechtliche, insbesondere aufenthaltsrechtliche und polizeiliche Maßnahmen in ihrer jetzt vorliegenden Form alleine nicht genügen, um die existierenden Probleme ausreichend zu regeln, zumal die inländischen Nutznießer irregulärer Aufenthaltsverhältnisse, bei-

spielsweise im Bereich der Schattenwirtschaft sowie Schleuderorganisationen, davon nur in geringem Umfang getroffen werden.“

Bei der geforderten Hilfe für Illegale geht es nicht um Hilfe für Menschenhändler, Drogendealer, Prostituierte, Bandenkriminelle, sondern ausschließlich darum, ein Auge

auf die Illegalen zu werfen, die nichts als ein besseres Leben für sich wollen. Es geht einzig und allein darum, die menschlichen Schicksale zu sehen und grundlegende Menschenrechte nicht zu verweigern. **In der Sprache des Manifestes sollen „angemessene Umfangsformen“ mit den betroffenen Menschen angestrebt werden.**

Inzwischen haben nicht nur viele Katholiken wie Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky oder Caritas-Präsident Peter Neher das Manifest unterschrieben, **sondern auch evangelische Kirchenführer wie Bischöfin Margot Käßmann, Bischof Walter Klamber oder Präses Alfred Buß;** wie Politiker aller Parteien – von Hans-Jochen Vogel und Karin Kortmann (beide SPD), von Rita Süssmuth bis Hermann Gröhe (beide CDU), von Reinhard Bütikofer bis Christa Nickels (beide Grüne) oder Sabine Leutheuser-Schnarrenberger und Max Stadler (beide FDP).

Professor Bommes: **„Die Politik hat es hier mit einem Problem zu tun, für das es keine schnellen Lösungen geben kann.“** Sein Rat: mehr Gelassenheit, zugleich notwendige Hilfe, die keinem Menschen verweigert werden darf.